



Frust und Frost

Ende Oktober, und die US-Strafzölle sind, wider alle Hoffnung, immer noch in Kraft. Jetzt setzt der Bund auf einen Trump-Moment. Von Thomas Schlittler

Winter is coming. Der Satz ist seit der TV-Serie «Game of Thrones» mehr als eine Wetterprognose. Es ist eine Warnung vor Zeiten der Entbehrung und Gefahr für Leib und Leben. So schlimm steht es um die reale Welt nicht – zumindest nicht in der Schweiz. Doch die Machtspiele heutiger Staatslenker erinnern durchaus an jene der Fantasy-Saga. Das diabolische Lachen, mit dem sich der US-Handelsminister Howard Lutnick kürzlich über den «Switzerland issue» – die Strafzölle von 39 Prozent – und Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter amüsierte, hätte kein TV-Bösewicht überzeugender hinbekommen. «Es ist Mobbing», sagte diese Woche Suzi LeVine, unter Präsident Barack Obama US-Botschafterin in Bern, an einer Veranstaltung der Universität Lausanne. Die Schweiz gleicht einem braven Musterschüler aus gutem Hause, der zu Unrecht im Gefängnis landet und nun von den Insassen schikaniert wird. Das prall gefüllte Konto nützt nichts. Schutz böte nur die Zugehörigkeit zu einer starken Gruppe. Doch das Land hält an seinem Einzelgängertum fest.

Ein leichtes Opfer

Die Schweiz sei ein «zu leichtes Opfer», das den USA zusätzliche Milliardenereinnahmen bringe, sagt Yves Bugmann, Präsident des Verbands der Schweizerischen Uhrenindustrie. Wie viele Wirtschaftsvertreter hoffte er, die Strafzölle würden bis Ende Oktober dahinschmelzen wie Eiswürfel. Finanzminister Scott Bessent hatte im August entsprechende Signale gesendet. Doch bisher blieb alles beim Alten. «Auf amerikanischer Seite scheint der Druck gering zu sein, den Streit beizulegen», sagt Bugmann. Auch Rahul Sahgal, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, teilt diesen Eindruck. Die USA verspürten keinen Leidensdruck. «Die Zölle tun ihnen nicht weh.» Anders als die EU, China oder Japan, wo Trump aus Eigeninteresse eine Einigung brauchte, verfügt die kleine Schweiz kaum über wirksame Druckmittel.

Das verbesserte Angebot an Washington liegt

seit Wochen vor. Nun wächst laut Informationen der «NZZ am Sonntag» bei den Verantwortlichen beim Bund die Überzeugung, dass es einen besonderen Trump-Moment braucht, um eine Einigung zu erzielen. Sahgal meint dazu: «Trump möchte vielleicht einen Moment, der ihm erlaubt, einen Erfolg zu präsentieren.» Ein Beispiel liefert die Ostasien-Tour des US-Präsidenten, auf der er diese Woche gleich mehrere Handelsverträge abschloss, auch mit kleineren Staaten. Die Frage ist, welcher Anlass dies für die Schweiz sein könnte. Vergangene Woche wurde Callista Gingrich als neue US-Botschafterin akkreditiert. «Möglicherweise leitet das eine neue Dynamik ein», sagt Sahgal. Eine weitere Gelegenheit wäre das WEF in Davos – falls Trump tatsächlich erscheint. Bis dahin blieben fast drei zusätzliche Monate mit der 39-Prozent-Last. Eine andere Idee brachte die Ex-Botschafterin LeVine ein: Vielleicht könnte die Schweiz Trump helfen, sich als Friedensstifter zu inszenieren.

Wann eine Lösung kommt, darüber will kaum jemand spekulieren – am wenigsten das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das in den Verhandlungen federführend ist. Bundespräsidentin Keller-Sutter wiederum erklärte diese Woche am Rande des Staatsbesuchs des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa: Die Gespräche liefen weiter, am Ende entscheide aber der US-Präsident. «Es braucht also vielleicht einfach noch etwas Geduld.» Für die Betroffenen ist das leichter gesagt als getan. Die meisten machen zwar nicht den Bund, sondern die Trump-Administration verantwortlich für die aktuelle Situation. Auch Helene Budliger-Artieda und ihr Team beim Seco gelten als engagiert. Trotzdem wächst der Frust. Swissmem-Direktor Stefan Brupbacher spricht von einem «Gefühl der Ohnmacht» angesichts der Abhängigkeit von Trumps Agenda.

Derweil unterscheiden sich die Auswirkungen der Zölle stark nach Branche und Unternehmen. Grob gibt es drei Gruppen: Grosse multinationale Konzerne, mit Ausnahme der Uhrenindustrie, trifft es in der Regel kaum, da sie in den USA produzieren. Mittelständler mit Standorten in der EU oder in Drittstaaten können Zölle teilweise um-



gehen. Wenn die Situation anhält, wächst aber der Druck, die Fertigung ins Ausland zu verlagern. Am härtesten trifft es kleine Betriebe, die ausschliesslich in der Schweiz produzieren. «Sie haben keine Alternativen und sind den Zusatzzöllen voll ausgeliefert. Je nach Umsatzanteil der USA kann das verheerende Folgen haben», weiss Sahgal von der Handelskammer. Einige verlagern bereits Teile der Produktion in die USA. Wie weit verbreitet das ist, bleibt offen.

Für Schweizer Uhrenhersteller steht eine Produktion in den USA nicht zur Diskussion. Standort und «Swiss made»-Label sind zentral. Doch auch hier wirken sich die Zölle unterschiedlich aus. Besonders die Zulieferer stünden stark unter Druck, sagt der Verbandschef Bugmann. «Viele Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet und sind erleichtert, dass diese nun auf 24 Monate verlängert wurde.» Diese Massnahme sieht auch der Swissmem-Direktor Brupbacher als «positives Signal». Doch es brauche echte Reformen: «Die Schweiz ist im internationalen Vergleich schon heute der teuerste Standort. Und trotzdem wird weiter reguliert und werden die Sozialleistungen ausgebaut. Das geht nicht auf.» In Politik und Bevölkerung hätten viele nicht begriffen, was auf dem Spiel stehe. «Viele Industriefirmen stehen mit dem Rücken zur Wand, Entlassungen nehmen zu. Das macht unsere Mitglieder wütend.»

Das Beispiel China

Die Exportwirtschaft kann aber auch selbst dazu

beitragen, noch resilienter zu werden – durch neue Absatzmärkte, welche die Abhängigkeit von einzelnen Ländern mindern. Das Beispiel China zeigt, wie wertvoll das ist: Peking hat es seit Trumps erster Amtszeit geschafft, die Abhängigkeit von den USA deutlich zu reduzieren. Heute können die US-Zölle dem Riesenreich wenig anhaben. Die Schweiz ist zwar nicht China, doch auch für ein kleines Land ist eine breitere Diversifikation möglich. Ein Hoffnungsschimmer ist Indien. Seit Oktober besteht ein Freihandelsabkommen mit dem bevölkerungsreichsten Land der Welt. Der Wachstumsmarkt eröffnet grosse Chancen. Uhrenhersteller zum Beispiel wurden bisher mit Zöllen von rund 20 Prozent belastet. Diese sollen innert sieben Jahren auf null sinken. Ebenfalls zentral bleibt ein stabiles Verhältnis zur EU. 2024 exportierte die Schweiz Waren im Wert von 283 Milliarden Franken, 144 Milliarden davon in die EU. Kaum auszumalen, was hierzulande los wäre, wenn Brüssel ähnliche Massnahmen ergreifen würde wie Washington.

Wie in «Game of Thrones» verfolgen auch in der realen Welt alle Mächtigen ihre eigenen Interessen. Sie alle haben ihre Schattenseiten. Doch im Vergleich zu Trump und Lutnick würde die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen in der blutrünstigen Saga wohl deutlich weniger brutal dargestellt. Winter is coming. In der Fantasy-Welt kann er Jahre dauern. Für die Schweiz bleibt zu hoffen, dass zumindest dieses Szenario Fiktion bleibt.

